

Die Vorwarnung aus dem Gebärsaal

Im Kanton Zürich wurde im vergangenen Jahr wieder eine Rekordzahl an Geburten verzeichnet. Das sollte verschiedenenorts ein Warnsignal sein.

Von Reto Scherrer

Erneut sind im Kanton Zürich im vergangenen Jahr so viele Kinder zur Welt gekommen wie seit dem Ende der 1960er Jahre nicht mehr. Während das für die meisten Involvierten, zu denken ist natürlich primär an Eltern und Grosseltern, eine freudige Sache ist, bereitet es andern Kopfschmerzen - wohl zu Recht, aber wohl zu wenig.

Kein lukratives Geschäft

Die Kapazitäten von Spitälern und Geburtshäusern sind mehr als ausgelastet. Sie können zwar den regelrechten Ansturm trotz der Schliessung einer ganzen Geburtenabteilung im Jahr 2010 gut auffangen, auch wenn hin und wieder von Verlegungen einzelner Schwangerer zu hören ist. Solche Massnahmen sind weder gravierend noch Grund für einen Ausbau, sondern vor allem ein Zeichen, dass von den meist staatlichen Einrichtungen hier keine übermässigen Kapazitäten bereitgestellt werden.

Aber das Gebären ist für Spitäler kein lukratives Geschäft. Erst wenn es mittels Kaiserschnitt geschieht oder bei einer Frühgeburt sind über die seit 2012 geltenden Fallpauschalen attraktivere Einnahmemöglichkeiten gegeben. Eine reguläre Geburt in einem Spital braucht zwar die gleich grossen Vorhalteleistungen wie ihr komplizierteres Pendant, doch generiert sie nur einen Bruchteil der Einnahmen.

Skeptische Stimmen fürchten nun, dass damit geradezu zu kleinen Betrugereien animiert wird: Für einen Kaiserschnitt lassen sich immer auch medizinische, nicht nur monetäre Gründe finden, und das grosszügige Abrunden beim Geburtsgewicht lässt eine umso grosszügigere Rechnungsstellung an die Krankenkassen und die öffentliche Hand zu. Von schädlichen Entwicklungen, wie sie etwa in den USA zu beobachten sind, wo plastische Kaiserschnitte die Gesundheit von Mutter und Kind gefährden, sind die hiesigen Verhältnisse jedoch noch weit entfernt.

Die Geburtshäuser sind mit der Höhe ihrer Fallpauschalen ebenfalls nicht zufrieden. Sie haben auch nicht die Möglichkeiten, die sich den Spitälern bieten: weder für Kaiserschnitte noch Frühgeburten. Noch bestehen keine Anzeichen für eine Fehlentwicklung, doch für die Geburtshäuser ist es finanziell alles andere als interessant, Gebärende an ein Spital weiterzuweisen.

So entsteht aber die Gefahr eines Interessenkonflikts. Es ist eine Aufgabe der für die Versorgungssicherheit Verantwortlichen, solche Gefahrenherde kritisch zu verfolgen. Der Anforderungskatalog für die Geburtshäuser, den die Regierung demnächst erlassen will, muss solche Punkte aufnehmen und kann damit ein Schritt in die richtige Richtung sein.

Doch die Spitäler leisten sich ihre Geburtsabteilungen trotz den betriebswirtschaftlichen Klagen weiter, weil sie auch gut fürs Image sind. Herzige, gesunde Säuglinge sind bessere Sympathieträger als kranke Alte, bei denen im Übrigen die Akutgeriater auch klagen, die Fallpauschalen deckten die Kosten der Behandlungen nicht.

Es wird sich in den kommenden Monaten und Jahren weisen, ob das System mit den Fallpauschalen nach dem DRG-System tatsächlich, wie von Gesundheitspolitikern oft postuliert, lernfähig ist. Gelangen die Involvierten zum Eindruck, die Mittel reichten für sinnvolles Wirtschaften auf Dauer nicht aus, wird es unattraktiv, diese Klinikbereiche weiter zu betreiben. So würde auch deren Initiative für neue Modelle, wie sie zurzeit etwa am Stadtzürcher Triemlispital zu beobachten sind, abgewürgt.

Den Ansturm kommen sehen

Während also der Ansturm den Geburtseinrichtungen heute schon zu Recht Kopfschmerzen bereitet, gibt es viele weitere Akteure, denen die Köpfe noch zu wenig brummen. So manche sollten nämlich die Hausse in den Gebärsälen auch als Vorwarnung dessen sehen, was künftig auf sie zukommt. In rund vier Jahren kommen die 2012 Geborenen in die Kindergärten, zwei Jahre später in die Primarschulen. Auch andere öffentliche Einrichtungen müssen die grösseren Jahrgänge demnächst aufnehmen können.

Der Jahrgang 2012 ist im Kanton Zürich nur schon gegenüber dem 2011er um knapp 500 Kinder grösser; im Vergleich mit dem Jahr 2002 sind es fast 4000 Kinder mehr. Das heisst zum Beispiel: Es bedarf im ganzen Kanton rund 160 Schulklassen mehr - inklusive Schulzimmer, Lehrer, Heilpädagogen und so weiter. Hallenbäder und Sportanlagen werden grösseren Andrang verzeichnen und in rund dreissig Jahren auch die Einrichtungen der Geburtshilfe.

Es ist unglaublich, wer den Warnschuss heute ignoriert und in einem Jahrzehnt behaupten will, man habe die demografische Entwicklung ja nicht voraussehen können. Man kann: Ein Blick in die Zürcher Gebärsäle genügt.